



Medienimpulse
ISSN 2307-3187
Jg. 63, Nr. 4, 2025
doi: 10.21243/mi-04-25-07
Lizenz: CC-BY-NC-ND-3.0-AT

Techno-Faschismus – Wie digitale Technologien die Demokratie aushöhlen

Markus Deimann

„Techno-Faschismus“ bezeichnet die autoritäre Dynamik, in der digitale Infrastrukturen an die Stelle demokratischer Prozesse treten und diese durch Effizienz, Automatisierung und affektive Mobilisierung ersetzen. Das Silicon Valley liefert dafür die Technik und die Ideologie. Am Beispiel der Hochschulen zeigt Markus Deimann, wie sich gefährliche Ideologien im Gewand digitaler Transformation einschleichen.

“Techno-fascism” refers to the authoritarian dynamic in which digital infrastructures take the place of democratic processes and replace them with efficiency, automation and affective mobilization. Silicon Valley provides the technology and the ideology for this. Using the example of universities, Markus Deimann shows how dangerous ideologies creep in in the guise of digital transformation.

1. Einleitung

Es gibt in unserem politischen Vokabular nur wenige Begriffe, die sich einer solch umfassenden Beliebtheit wie das Wort Faschismus erfreuen, ebenso aber gibt es nicht viele Konzepte im politischen Vokabular der Gegenwart, die gleichzeitig derart verschwommen und unpräzise umrissen sind.

Zeev Šternhel 2025: 6

Ich verstehe unter „Techno-Faschismus“ eine neue Form des Autoritarismus, der maßgeblich von Tech-Oligarchen wie Elon Musk oder Peter Thiel vorangetrieben wird, die sich zu diesem Zweck hinter Politikern wie Donald Trump versammelt haben. Ihr Ziel ist es, demokratische Prozesse an technische Systeme zu delegieren. Effizienz und Rationalität schlagen Verantwortung und Empathie. Seinen Ursprung hat der Techno-Faschismus im Cyberlibertarismus, einem Glaubenssystem aus den 1990er-Jahren, mit dem Technologie, Markt und konservative Politik amalgamiert wurden. Dem Silicon Valley gelang es über viele Jahre, seine rechtsgerichteten Ideologien zu verschleiern. Im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen digitale Innovationen wie Social-Media-Plattformen, Apps oder Chatbots.

Auch wenn der Techno-Faschismus aktuell in den USA besonders in Erscheinung tritt, sind wir in Europa davor nicht geschützt. Die Rhetorik der Innovation bietet dafür ein Einfallstor und bedroht die demokratischen Grundlagen der digitalen Gesellschaft. Insbesondere dann, wenn Innovationen nur von sehr wenigen privaten Tech-Konzernen kommen, die über eine enorme finanzielle Macht verfügen.

Mir ist bewusst, dass der Faschismus-Begriff provokant wirkt. Als Analyseinstrument ist er jedoch hilfreich. Er knüpft an historische Erfahrungen der 1920er- und 1930er-Jahre an, als schon einmal Technik als Machttechnik eingesetzt wurde (Radio als Volksempfänger). Heute sehen wir bei Social-Media-Netzwerken wie „X“ (ehemals Twitter) und „Truth Social“ sehr ähnliche Phänomene. Durch diese Massenmedien können Musk und Trump verschwörungstheoretische Botschaften auf bisher nicht für möglich gehaltene Weise verbreiten.

Auf der anderen Seite tritt der heutige Techno-Faschismus nicht als politische Bewegung auf, der in einem Nationalstaat an die Macht strebt, sondern er ist global verankert. Dies hängt mit dem Internet an sich, d. h. der weltweit verteilten Infrastruktur zusammen. Dabei ist diese Infrastruktur jedoch nicht neutral, sondern durchdrungen von Ideologien, die auf eine Aushöhlung der Demokratie abzielen. Der Gesellschaft droht, unter dem Deckmantel von Modernisierung und Effizienz, eine zunehmende Abhängigkeit von kommerziellen Anbietern und eine unreflektierte Übernahme technokratischer Vorstellungen.

Wir sollten uns darum folgende Fragen stellen: Wie ist es dazu gekommen? Wie konnte sich abseits der Öffentlichkeit eine technofaschistische Melange entwickeln, durch die zentrale Errungenschaften der Demokratie ausgehebelt werden? Und, welche Rolle spielen Hochschulen, die als „Reallabor“ auf besondere Weise von den technologischen Zukunftsversprechen betroffen sind?

2. Die Sichtbarwerdung des Techno-Faschismus

Am 20.01.2025 wurde Donald J. Trump zum zweiten Mal in das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten eingeführt. Auf den Bildern sahen wir in der ersten Reihe nicht – wie sonst üblich – gewählte politische Repräsentantinnen und Repräsentanten, sondern die Elite aus dem Silicon Valley: Mark Zuckerberg (Meta), Jeff Bezos (Amazon), Sundar Pichai (Google) und natürlich Elon Musk (u. a. Tesla, SpaceX und X). Die Medien sprachen vom „Mount Rushmore der digitalen Welt“ (Kreye 2025) oder der kommenden „Tech-Brologarchie“ (Harrington 2025). So als wäre es für dieses politische Hochamt selbstverständlich, trat die demokratisch nicht legitimierte Tech-Elite an die Seite von Trump. Als dann noch später bei einer Feierlichkeit Musk eine Geste zeigte, die vielfach als Anspielung auf faschistische Symbolik gedeutet wurde, wurden Indizien dafür sichtbar, dass hier etwas ins Rutschen gekommen ist. Denn bis dahin wurde das Silicon Valley mehrheitlich im liberalen und demokratischen Spektrum verortet.

Im Januar 2021 wurde das Kapitol von einer wütenden Menge gestürmt und es kam zu fünf Todesfällen. Facebook sperrte umgehend die Konten von Donald Trump. Auch Google und Twitter taten dies und positionierten sich als Verfechter des Rechtsstaates und der Demokratie; so wurde auch mehrheitlich Trumps Behauptung über eine angebliche gefälschte Präsidentschaftswahl 2020 kein Glauben geschenkt. Das Silicon Valley genoss bei der breiten Bevölkerung weiterhin ein positives Image. Wir glaubten gerne an die Rhetorik, wonach beschleunigte technologische In-

novationen, Unternehmenskapitalismus und Deregulierungen das Erfolgsrezept für gesellschaftlichen Wohlstand sind. Wir alle nutzen ausgiebig Apps für viele Dinge des Alltags, auch wenn dahinter ein laxer Umgang mit dem Datenschutz oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse für Arbeiterinnen und Arbeiter in der Tech-Industrie stehen.¹ Auch scheinen wir auszublenken, dass die Produktionsbedingungen für digitale Dienste in der Hand von sehr wenigen Konzernen liegen.

Nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie im März 2020 ging das Fenster der Liberalität im Silicon Valley deutlich zu und war ab der Präsidentschaft von Joe Biden endgültig geschlossen. Paradigmatisch konnten wir dies an der Radikalisierung von Elon Musk beobachten, der einst noch die Demokraten finanziell unterstützte. Doch mit #metoo oder #blacklivesmatter wurde es ihm zu „woke“ und er kaufte das in seinen Augen zentrale Sprachrohr der „linken Bubble“, Twitter. Um deutlich zu machen, dass sich die digitale Kommunikation nun radikal ändern wird, nannte Musk Twitter nun „X“, schaffte Faktenchecks ab und ließ vormals ausgeschlossene Nutzer wie Donald Trump wieder zu. Für Trump wurde Musk dadurch und wegen seiner Strahlkraft als Tech-Visionär und Entrepreneur so interessant, dass er ihn mit der Leitung des sog. *Department of Government Efficiency* (DOGE) beauftragte – ohne politisches Mandat.

So schockierend diese Entwicklungen sind, dürfen wir nicht vergessen, dass es eine längere Tradition für reaktionäres Denken in der Tech-Branche gibt. Becca Lewis (2025) berichtet im Guardian

von den „rightwing roots of Silicon Valley“, die bis zu den Anfängen des Dot-Com-Booms in den 1990er-Jahren reichen. Damals wurden Unternehmer (ausschließlich Männer) und ihre visionäre Kraft regelrecht vergöttert und als kulturelle Helden (man denke nur an Steve Jobs) inszeniert, mit klaren anti-feministischen und autoritären Untertönen. Entsprechende Warnungen kritischer Journalistinnen und Journalisten blieben weitgehend ungehört.

Wenn heute Elon Musk von einem „Woke-Mind-Virus“ spricht oder Mark Zuckerberg mehr „maskuline Energie“ in Unternehmen und Gesellschaft fordert, trifft dies also auf einen vorbereiteten ideologischen Boden.

3. Bestandteile des Techno-Faschismus

Um meine These, dass sich der Techno-Faschismus als Zusammenspiel aus Tech- und Regierungsgewalt dynamisch weiterentwickelt hat, zu plausibilisieren, gehe ich einen Schritt zurück. Wir befinden uns Anfang der 1990er-Jahre, der Dot-Com-Boom steht in voller Blüte und eine Person schickt sich an, unsere Vorstellungen zum Internet nachhaltig zu prägen: John Perry Barlow (1947–2018), ehemaliger Viehzüchter aus Wyoming, Texter der Band *Grateful Dead* und libertärer Aktivist. Trotz, oder vielleicht gerade wegen, seiner fehlenden technischen Expertise (die er auch selbst offen zugab), wird es ihm gelingen, eine cyberlibertäre Ideologie zu verbreiten – und damit den Nährboden für den Techno-Faschismus zu legen.

Wie ernst es Barlow mit seinen libertären Vorstellungen für das Internet war, machte er auf einer ganz besonderen Bühne deutlich, dem Weltwirtschaftsforum in Davos 1996. Der versammelten Wirtschaftselite stellte er ein Manifest vor und nannte dies „die Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“. Geschrieben in einer Prosa, die an alte Geschichten über die ersten Siedler in Nordamerika erinnerte, lautet der erste Absatz:

Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel, I come from Cyberspace, the new home of Mind. On behalf of the future, I ask you of the past to leave us alone. You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather.

Damit begründete Barlow eine politische Ideologie, die persönliche (Meinungs-)Freiheit, technologische Autonomie und politische Unabhängigkeit betonte. Allerdings sollte uns die Reminiszenz an den Wilden Westen nicht in die Irre führen, denn das Internet war kein Ort, den es zu besiedeln galt, sondern ein gigantisches Infrastruktur-Projekt. Tatsächlich waren es das US-Militär und die Clinton-Präsidentschaft, die das Internet zu so einem einflussreichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Feld machten. Insbesondere der *Telecommunications Act*, den Bill Clinton ausgerechnet während des Weltwirtschaftsforums 1996 unterschrieb, war für Barlow der Auslöser, sein Manifest zu verfassen, da er befürchtete, die Politik wolle in das Internet hineinregieren.

In den Jahren danach schien es, als ob Barlow mit seinen Prophezeiungen richtig gelegen hat. Tatsächlich war es aber die Politik,

genauer gesagt ein bestimmter Teil des Telekommunikationsgesetzes. Gemeint ist *Section 230*¹, die Plattformen weitgehend von Haftung für Drittinhalte befreit. Der Autor Jeff Kosseff nennt dies die 26 Wörter², die das moderne Internet begründeten und für ungeahnte Profitraten sorgten.

Solange die wirtschaftliche Entwicklung es gut mit dem Silicon Valley meinte, gab es für die Tech-Elite wenig Grund, an der liberalen Demokratie zu zweifeln. Das änderte sich jedoch in Zeiten der Krise, wie etwa der Bankenkrise (2007/2008). Nun konnten wir mitansehen, wie sich Tech-Oligarchen radikalisierten und zu „rechten Akzelerationisten“ wurden. Auf dem Weg zu immer mehr Fortschritt und Profit, stören demokratische Pflichten (z. B. Transparenz, Rechenschaft). Der einflussreiche Investor Peter Thiel war der Erste, der 2009 laut aussprach, was viele insgeheim dachten: „I no longer believe that freedom and democracy are compatible“.

Angetrieben durch weitere Krisen wie die COVID-19-Pandemie formierte sich, dank der enormen finanziellen Mittel von Investoren wie Thiel, eine anti-demokratische Ideologie. Mit Donald Trump und seiner autoritären Agenda ist nun der Hebel da, die Ideologie in konkrete Politik zu übersetzen. Kürzlich gab es im Zusammenhang mit der Ermordung des rechten Influencers Charlie Kirk ein Lehrbeispiel, als es auf Plattformen, dank der abgeschafften Kontrollmechanismen, zu massenhafte Hassbotschaften und Fake News kam, die das gesellschaftliche Klima weiter vergiften.

4. Hochschulen als Reallabor

Was haben die gerade skizzierten Entwicklungen mit den Hochschulen zu tun, auf die ich ja auch eingehen wollte? Nun, sie sind auf zweifache Weise betroffen. Zum einen als Orte kritischer Reflexion, d. h. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden dafür bezahlt, sich mit den sozialen, kulturellen und ökonomischen Auswirkungen der digitalen Transformation auseinanderzusetzen und dies mit der Öffentlichkeit zu teilen. Auf der anderen Seite sind Hochschulen keine Elfenbeintürme (mehr), an denen ökonomische und technologische Entwicklungen spurlos vorbeiziehen. Ganz im Gegenteil: auch sie sind einer Logik unterworfen, die wir im Silicon Valley seit Langem beobachten können und bei der es um Innovation, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit geht. Lernplattformen (zur digitalen Verwaltung des Lehrbetriebs) oder Technologien wie Learning Analytics (für die Früherkennung von Lernschwierigkeiten) sind Beispiele für digitale Infrastrukturen, die den Imperativen der Plattformökonomie folgen. Wie zu Beginn der COVID-19-Pandemie in Echtzeit zu beobachten, sind Hochschulen empfänglich gegenüber cyberlibertären Ideologien geworden. Technologien und Plattformen fungierten als „Retter“ des Lehrbetriebs und veränderten so unsere Vorstellung darüber, was gute Lehre ausmacht. Und als Ende November 2022 ChatGPT als erste massentaugliche KI-Anwendung veröffentlicht wurde, entstand ein enormer Hype und forderte die Hochschulen auf vielfältige Weise heraus – von der Notwendigkeit, Studierenden KI-Werkzeuge bereitzustellen bis zur Anpassung von Prüfungsord-

nungen (für den Fall, dass Studierende KI nicht so nutzen, wie Professorinnen und Professoren es sich vorstellen). Es ist somit eine beschlossene Sache, dass Hochschulen KI-Anwendungen wie Large Language Modelle in Forschung und Lehre anbieten (sonst scheint es keine Zukunft für sie zu geben). Diskutiert werden im deutschsprachigen Raum nun Strategien, wie sich die Abhängigkeit zur Tech-Industrie auf ein sozial verträgliches Maß reduzieren lässt.

Auch wenn es jeweils nur bestimmte Technologien sind, die pädagogische oder administrative Funktionen übernehmen, sie sind Teil einer Entwicklung der Automatisierung und Standardisierung von Bildung. Es sind außerdem Anbieter, die nicht auf einem wettbewerblich organisierten Markt agieren, sondern, wie etwa Amazon³, vielerorts marktbeherrschend auftreten und de facto Standards setzen.

Aber das ist nicht alternativlos; Hochschulen können anders imaginiert werden. Sie genießen vielfältige Freiheiten und intellektuelle Kapazitäten, andere Zukünfte zu entwerfen. Die digitale Transformation muss nicht technokratisch, rational und effizient gedacht werden, sondern kritisch begleitet, mit Räumen für Widersprüche und Ambiguitäten.

Der erste Schritt dazu wäre, die Frage nach dem Sinn von digitalen Technologien mit der grundsätzlichen Frage über den gesellschaftlichen Stellenwert von Hochschulbildung zu verknüpfen. Bei KI sehen wir aktuell eine hohe Aufmerksamkeit, die sich in Servicezentren, Strategiepapieren oder Fördermaßnahmen zeigt. Auf

der anderen Seite hören wir vom Deskillung und dem drohenden Verlust von ganzen Berufszweigen. Hochschulen sollten sich nicht zu schnell und einseitig von der Technikeuphorie vereinnahmen lassen, wonach mehr Automatisierung gleichbedeutend mit pädagogischem Fortschritt oder Innovation ist. Gerade weil durch die Digitalisierung viele Facetten von Hochschule obsolet erscheinen, besteht die Chance, sich als digitale Gesellschaft neu über den Wert von Bildung zu verständigen.

5. Ausblick

Der Techno-Faschismus ist kein Alarmismus über eine abseitige Ideologie, sondern eine dynamische Bewegung, die zunehmenden Einfluss über die Gestaltung unserer Zukunft gewinnt. Sie kapert progressive Begriffe wie Innovation und verbindet dies mit einer reaktionären, anti-demokratischen Gesellschaftspolitik.

Dadurch und vor dem Hintergrund des sozio-demografischen Wandels werden Hochschulen in ihrem Kerngeschäft bedroht. Als einer der wenigen verbliebenen Orte für kritische Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen haben sie die Chance und die Pflicht, andere Erzählungen zu produzieren und Alternativen zu schaffen. Dazu ist es zunächst notwendig, sich über die eigene Komplizenschaft bei der Verbreitung reduktionistischer Vorstellungen der digitalen Transformation bewusst zu werden. Hochschulen sind auf vielfältige Weise verflochten mit technizistischen Ideologien der Effizienz und Rationalität und ihnen fällt es zunehmend schwer, Hochschulbildung als eigenständiges, nicht-markt-

förmiges Gut zu verteidigen. Nur durch eine solche aufgeklärte Haltung kann es aber gelingen, Hochschulen so zu denken und zu gestalten, dass sie die Logiken autoritärer Techno-Zukünfte im Sinne des Techno-Faschismus nicht reproduzieren.

Anmerkungen

- 1 Vgl online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Communications_Deconomy_Act (letzter Zugriff: 01.12.2025).
- 2 „No provider or user of an interactive computer service shall be treated as the publisher or speaker of any information provided by another information content provider.“ (Kosseff 2019: 2)
- 3 Der Cloud-Dienst Amazon Web Services (AWS) ist mittlerweile ein wichtiges Element der digitalen Transformation von Hochschulen, siehe online unter: <https://aws.amazon.com/de/education/higher-ed/> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Literatur

Barlow, John P. (1996): A declaration of the independence of Cyberspace, online unter: <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Harrington, Brooke (2025): Die kommende Broligarchie. Wofür Musk und Co. ihre neue Macht nutzen wollen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1), 71–74, online unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/januar/die-kommende-broligarchie> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Kosseff, Jeff (2019): The twenty-six words that created the Internet, Ithaca: Cornell University Press.

Kreye, Andrian (2025: Techno-Oligarchie USA. Die Machthaber, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.01.2025, online unter: [https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/usa-ki-tech-oligarchen-trump-musk-kommunikation-monopole-e876320/?reduced=true](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/usa-ki-tech-oligarchen-trump-musk-kommunikation-monopole-e876320?reduced=true) (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Lewis, Becca (2025): Headed for technofascism: the rightwing roots of Silicon Valley. The Guardian vom 29.01.2025, online unter: <https://www.theguardian.com/technology/ng-interactive/2025/jan/29/silicon-valley-rightwing-technofascism> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Šternhel, Zeev (2025): Faschistische Ideologie: Eine Einführung (Zweite Auflage.), Berlin: Verbrecher Verlag.